

Brauchen wir ein neues Geld?

Eine Debatte, die lange am Rande schwelte, gewinnt seit der Krise an Dynamik: Es geht um eine Radikalreform der Finanzordnung

New York – Zu den Erbblenden der Finanzkrise gehört die Angst. Die Angst davor, dass die Krise zurückkehren könnte und dass gerade die Antikrisenpolitik von Mario Draghi, Janet Yellen und anderen die Katastrophe bringen wird, die sie verhindern soll. Die Angst nährt – neben allerhand Verschwörungstheorien – auch Forderungen nach einer Radikalreform des Geldsystems. Die Vorschläge unterscheiden sich im Detail erheblich, sie haben jedoch eines gemeinsam: Den Banken soll die Herrschaft über das Geld entzogen werden.

Noch findet die Debatte eher am Rande des Wissenschaftsbetriebes statt, aber das könnte sich ändern. Martin Wolf, einflussreicher Chefvolkswirt der *Financial Times* in London, hat sich unter die Radikalreformer begeben. Ebenso Thomas Mayer, bis 2012 Chefvolkswirt der Deutschen Bank und Berater von deren Chef Josef Ackermann. In Mayers neuem Buch (*Die neue Ordnung des Geldes*, Finanzbuch-Verlag München 2014) fordert er einen Systemwechsel hin zu etwas, das er „Aktivgeld“ nennt. Für Mayer, der zuvor schon als Ökonom beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und Goldman Sachs gearbeitet hat, ist die Sache sehr persönlich: „Meine ökonomische Erkenntnis Krise hat mich dazu gebracht, mich von der konventionellen Ökonomie scheiden zu lassen“, so schreibt er in der Einleitung, „unser Verhältnis ist zerrütet, ich habe die Achtung vor ihr verloren.“

Banken schöpfen Geld. Dies ist zentral fürs System, lässt sich aber schwer von der EZB kontrollieren

Im Kern geht es um die fundamentale Frage, was Geld überhaupt ist. Im Alltag scheint die Sache klar zu sein: Geld – das sind die Banknoten im Geldbeutel, und die kommen von der Europäischen Zentralbank (EZB). Das ist zwar richtig, es ist aber nur ein kleiner Teil der Wahrheit. Der weitestgrößte Teil des umlaufenden Geldes ist sogenanntes Giralgeld, das nicht Notenbanken, sondern private Banken schaffen. Die Macht zur Geldschöpfung haben sie, weil sie für Kredite nur einen kleinen Teil, in der Regel ein Prozent der Summe, als Sicherheit („Mindestreserve“) zurücklegen müssen. Hat ein Kunde 100 Euro auf seinem Girokonto eingezahlt, dann kann die Bank oder Sparkasse 99 Euro als Kredit vergeben, vorausgesetzt, sie verfügt über genügend Eigenkapital. Die 99 Euro können wieder zu 99 Prozent weiterverliehen werden und so weiter.

Dieser Prozess ist zentral für das Geldsystem und eine entscheidende Gewinnquelle für die Kreditinstitute. Die Notenbanken können ihn mit ihrer Zinspolitik steuern, aber nicht vollkommen kontrollieren. Der Prozess sorgt dafür, dass die Geldmenge im Gleichklang mit der Wirtschaft wächst – oder eben auch nicht. Vor der Finanzkrise produzierte die Branche einen gewaltigen Boom an Krediten. Als die Blase platzte, brach auch die Schöpfung von Giralgeld zusammen, weshalb EZB und die amerikanische Federal Reserve die Welt mit ihrem Geld fluten mussten. Das war der Auslöser der Politik, die als „Quantitative Easing“ bekannt wurde.

In der Öffentlichkeit wird dies Phänomen meist ausgeblendet, dabei ist es zentral für das Verständnis von Krisen. Nur weil die Banken viel mehr Geld ausleihen dürfen, als sie haben, kann es zu Bankenkrisen kommen. Nur deshalb werden Banken „systemisch relevant“ und müssen vom Staat gerettet werden. Der Prozess ist mit enormen Risiken behaftet, aber im bisherigen System auch unverzichtbar. Giralgeld ist eine Quelle der Dynamik, aber auch der Instabilität, ein „gigantisches Loch im Herzen unserer Marktwirtschaften“, wie Martin Wolf schreibt. Oder um eine Metapher von Thomas Mayer zu verwenden: Das Recht auf Geldschöpfung macht die Banken zu Tigern. Nimmt man es ihnen, werden sie zu Hauskatzen.

Genau das wollen die Geldreformer erreichen. Die Banken sollen gezähmt und zu normalen Unternehmen werden. Sie sollen Geld von denen, die es haben, zu denen vermitteln, die es brauchen, nicht mehr. Für die Dienstleistung sollen sie Gebühren kassieren, aber sie sollen kein eigenes Geld produzieren. Bankpleiten wären auch dann noch möglich, aber für das Gesamtsystem irrelevant. Einer der profiliertesten Reformer in Deutschland ist Joseph Hu-

ber, Ökonom und Soziologe an der Universität Halle. Er entwickelte das Konzept des „Vollgeldes“ und gründete 2009 einen Verein namens „Monetative“, der das Konzept unterstützt. Zu den Mentoren gehört der St. Galler Professor Hans Christoph Binswanger, der sich von einer Geldreform eine „Minderung des Wachstumszwangs und Wachstumsdrangs“ erhofft.

All dies wurde schon einmal gedacht und zwar 1933, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise. Damals legten prominente amerikanische Ökonomen um den Chicagoer Professor Frank Knight den „Chicago Plan“ vor, ein Konzept, das den

Mindestreservesatz auf 100 Prozent gesetzt hätte. Eine Bank hätte nur dann Kredite vergeben dürfen, wenn sie über Guthaben in gleicher Höhe bei der Federal Reserve verfügt hätte. Irving Fisher, damals der berühmteste Ökonom Amerikas, unterstützte den Plan, ebenso Milton Friedman, ein junger Mann, der später den Monetarismus begründete und mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet werden sollte. Präsident Franklin Roosevelt prüfte den Plan, entschied sich aber letztlich dagegen. Stattdessen versuchten die USA Stabilität zu erreichen, indem sie Geschäfts- und Investmentbanken voneinander trennten.



Der Dollar: eine Weltwährung aus Papier, die durch Kredit entsteht. Ökonomen stellen diese Geldordnung infrage. FOTO: REUTERS

80 Jahre später wurde der „Chicago Plan“ neu entdeckt. Jaromir Benes und Michael Kumhof, zwei Ökonomen des IWF, untersuchten seine Konsequenzen mit modernen Methoden. In einem Arbeitspapier von 2012 kamen sie zu dem Ergebnis, dass eine Mindestreserve von 100 Prozent machbar wäre. Das Modell könnte sogar Wohlstandsgewinne von „bis zu zehn Prozent“ erzeugen.

Was die Geldreformer heute vorhaben, ähnelt dem „Chicago Plan“, ist ihm aber nicht gleich. Nach dem Vollgeld-Konzept von Joseph Huber gibt es keine Bankreserven mehr, sondern nur noch Zentralbankgeld. Ob dieses Geld noch Euro heißen oder eine nationale Währung sein wird, lässt Huber offen. Er ist sich aber der Gefahr bewusst, dass seine Ideen von militanten Gegnern Europas missbraucht werden könnten. „Man darf nicht blind für die Tatsache sein, dass die extreme Rechte scharf auf eine Geldreform ist“, schreibt Huber in einem Papier. Nach seinem Konzept bekäme die Zentralbank den verfassungsrechtlichen Rang einer „Monetative“, vergleichbar der richterlichen Gewalt („Judikative“). Sie soll unabhängig von der Regierung die Geldmenge so wachsen lassen, dass die Preise stabil bleiben. Das Geldmonopol des Staates wäre komplett.

Thomas Mayer kritisiert das gegenwärtige Geldsystem dagegen aus radikalliberaler Perspektive. Er steht in der Tradition der österreichischen Schule der Nationalökonomie, also von Denkern wie Eugen von Böhm-Bawerk, Ludwig von Mises und Friedrich A. von Hayek. Viele Ökonomen dieser Schule wollen die Rückkehr zum Goldstandard, Hayek forderte sogar die Privatisierung und einen Wettbewerb ums beste Geld. Mayer schreibt heute: Die Geldschöpfung der Banken und die Regulierung durch den Staat führten in einen „bürokratischen Sozialismus“. Deshalb will er nicht nur das Giralgeld abschaffen, sondern auch wie Hayek die Oberherrschaft des Staates über das Geld. Stattdessen soll Geld zu einer Ware werden wie andere auch. Anbieter dieser Ware sollen private Institutionen sein, auch für Bitcoin und andere virtuell erzeugte Währungen wäre Platz. Aufgabe des Staates wäre es dann nur noch, den Wettbewerb zwischen den Anbietern zu überwachen.

Bei privatem Geld wäre es nur noch Aufgabe des Staates, den Wettbewerb zu überwachen

Die Modelle faszinieren, aber sollte man sie deshalb auch umsetzen? Selbst Ökonomen, die Banken sehr kritisch sehen, sind skeptisch. „Die Kritik am bestehenden System ist berechtigt, aber man muss aufpassen, dass man nicht das Kind mit dem Bad ausschüttet“, sagt Peter Bofinger, Mitglied im deutschen Sachverständigenrat der fünf Weisen. Ein kritischer Punkt beim Konzept des Vollgeldes etwa ist die Frage, wie das Geld unter die Leute kommt. Der wichtigste Weg wären Staatsausgaben und -defizite. Die Regierung würde, wenn sie Geld braucht, einfach zur Notenbank gehen. Diese würde das Geld so lange liefern, wie sie es mit dem Stabilitätsziel für vereinbar hält. Martin Wolf rechnete aus, dass bei einem Wachstum um fünf Prozent der Staat ein Defizit von vier Prozent finanzieren könnte, ohne Steuern zu erhöhen oder an den Kapitalmarkt gehen zu müssen. Die Umwandlung von Staatsschulden, im gegenwärtigen System ein Risiko, wäre im Neuen eine Notwendigkeit. Das wäre zwar theoretisch stabilitätskonform möglich, aber wie wäre die Praxis? Auch im neuen System wären Menschen fehlerhaft und interessegeleitet. Vielleicht tauchte man bei dem Systemwechsel also nur die alte, bekannte Gefahr für eine neue, noch unbekannte ein.

Beim „Aktivgeld“ von Thomas Mayer besteht diese Gefahr nicht. Die Frage ist aber, ob das gewollt starre System nicht die Dynamik der Wirtschaft bremst. Bisher wurde der Kapitalismus, wie Mayer selbst schreibt, vom Phänomen des Kredits angetrieben. Mit Mayers „Aktivgeld“ wäre das nicht mehr möglich. Was aber wird dann den Kapitalismus antreiben?

Letztlich geht es um die Frage: Ist die Krise so schwer, dass eine Operation am offenen Herzen notwendig ist? Oder sollte man besser Operationsrisiken meiden und versuchen, mit konventionellen Methoden zu heilen: mehr Eigenkapital für Banken, bessere Aufsicht, klare Vorkehrungen zur Abwicklung strauchelnder Banken?